

Anhang 4: Allgemeine Hinweise zum Abfallrecht

1. Bei der Entsorgung der im Rahmen des Betriebes der Anlagen anfallenden Abfälle sind die Vorgaben der **Verordnung über die Entsorgung von gewerblichen Siedlungsabfällen und von bestimmten Bau- und Abbruchabfällen (Gewerbeabfallverordnung – GewAbfV) vom 19. Juni 2002** (BGBl. I S. 1938) zu beachten. Auf folgende Pflichten für Erzeuger und Besitzer derartiger Abfälle wird besonders hingewiesen:
 - Getrennthaltung der Abfallfraktionen Papier und Pappe, Glas, Kunststoffe, Metalle, biologisch abbaubare Abfälle gem. § 3 Abs. 1 GewAbfV
 - Pflicht zur Zuführung von nicht getrennt gehaltenen Abfallfraktionen zu Vorbehandlungsanlagen nach Maßgabe des § 4 GewAbfV oder zur energetischen Verwertung nach Maßgabe des § 6 GewAbfV
 - Überlassungspflicht von gewerblichen Siedlungsabfällen, die nicht verwertet werden, an den Landkreis Freiberg als öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger gem. § 7 GewAbfV. Dazu sind Abfallbehälter in angemessenem Umfang zu bestellen und zu nutzen.
 - Gefährliche Abfälle im Sinne der AVV sind gemäß § 3 Abs. 8 GewAbfV von anderen Abfällen getrennt zu halten, zu lagern und einer ordnungsgemäßen Entsorgung (Verwertung/Beseitigung) zuzuführen
2. Grundlage für die Zuordnung der Abfälle zu den gefährlichen oder nicht gefährlichen Abfällen ist die Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung- AVV) vom 10.12.2001 (BGBl. I S. 3379).
3. Für die Entsorgung **gefährlicher Abfälle** entsprechend § 41 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG), für die nach § 43 KrW-/AbfG eine Nachweispflicht besteht, ist ein Nachweis gemäß Teil Zwei Nachweisverordnung vom 20.10.2006 (BGBl. I S.2298) zu führen.
4. Für den Umgang mit asbesthaltigen Abfällen gelten die Festlegungen nach LAGA Merkblatt „Entsorgung asbesthaltiger Abfälle“ vom 06. September 1995 in der Fassung vom 10. Dezember 2001 sowie der TRGS 519. Diese Unterlagen sind in der Unteren Abfall- und Bodenschutzbehörde des Landratsamtes Mittelsachsen einsehbar. Grundsätzlich ist sicherzustellen, dass bei jeglichem Umgang mit asbesthaltigen Abfällen und Stoffen die Freisetzung von Asbestfasern verhindert oder auf das unvermeidbare Ausmaß reduziert wird, um Gesundheitsgefährdungen auszuschließen. Auf die strafrechtliche Relevanz bei Missachtung dieser Vorschriften wird hingewiesen,
5. Bei der Entsorgung der im Rahmen der Bau- und Abbrucharbeiten anfallenden Holzabfälle sind die Vorgaben der **Verordnung über Anforderungen an die Verwertung und Beseitigung von Altholz (Altholzverordnung-AltholzV) vom 15. August 2002** (BGBl. I S. 3302) zu beachten. Auf folgende Pflichten für Erzeuger und Besitzer von Holzabfällen wird besonders hingewiesen:
 - getrennte Erfassung, Sammlung, Bereitstellung, Überlassung, Beförderung und Lagerung von Altholz gemäß der im Anhang III der Altholzverordnung genannten gängigen Altholzsortimente (§ 10 Altholzverordnung)
 - Altholz darf zum Zwecke der stofflichen und energetischen Verwertung nur in Verkehr gebracht werden, um es einer Altholzbehandlungsanlage, in der die Anforderungen der Altholzverordnung eingehalten werden, zuzuführen (§ 8 Altholzverordnung).
 - Bei Zuführung von Altholz zu einer Altholzbehandlungsanlage ist das Altholz vom Anlieferer nach Altholzkategorie und Menge zu deklarieren. Dazu ist der Anlieferungschein gemäß Anhang IV der Altholzverordnung zu verwenden.

- In Kleinf Feuerungsanlagen ist der Einsatz von Altholz als Brennstoff grundsätzlich unzulässig.
6. Für die ordnungsgemäße Verwertung und Entsorgung der anfallenden Materialien ist der Antragsteller verantwortlich.
 7. Verstöße gegen die abfallrechtlichen Auflagen stellen eine Ordnungswidrigkeit nach § 61 Abs. 1 KrW-/AbfG dar und können nach § 61 Abs. 3 KrW-/AbfG mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 € geahndet werden.